
FDP Groß-Gerau

FDP KRITISIERT KÜRZUNGEN VON LEHRERSTELLEN HEFTIG

30.07.2015

„Der offene Protest von Eltern- und Lehrervertretern – unter anderem des Prälat-Diehl-Gymnasiums in Groß-Gerau – ist gerechtfertigt“, so FDP-Kreisvorsitzender Peter Engemann. Unter der Verantwortung liberaler Kultusministerinnen habe man die Lehrerversorgung auf 105% des berechneten Bedarf hochgeschraubt und die CDU/Grüne Landesregierung mache dies nun wieder rückgängig. Wer das Betreuungsangebot an Schulen ausweiten wolle, brauche mehr Stellen und nicht weniger, sagte Engemann. Dies sei gerade an den Grundschulen wichtig, denn seit einigen Jahren sei die frühkindliche Erziehung in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. Aber auch an Grundschulen plane die Landesregierung Stellenstreichungen.

Habe die FDP in der alte Landesregierung noch klare Schwerpunkte bei Bildung und innerer Sicherheit gesetzt, werde unter schwarz-grün auch der Bildungsbereich zum finanziellem Steinbruch und Schauplatz ideologischer Kämpfe, die auch ein sogenannter Bildungsgipfel nicht übertünchen könne.

Die Freien Demokraten wünschen sich im Rahmen der Diskussion um den Schulentwicklungsplan für den Kreis Groß-Gerau ein klares Bekenntnis zu den wohnortnahen Grundschulen und auch den Gymnasien. Gerade der Erfolg des „Neuen Gymnasiums“ in Rüsselsheim, das zu Zeiten der SPD/FDP-Koalition entstanden ist, zeige deutlich, dass nur ein engagiertes Lehrerkollegium eine Schule zum Erfolg führen könne. Auch die Streichung von Stellen bei den Schulpsychologen (ca. 15% aller Stellen) sei ein falsches Signal. Die FDP habe nach dem Amoklauf in Winnenden für die Aufstockung dieser Stellen gesorgt und nun werde auch dies wieder rückgängig gemacht, obwohl gerade diese Stellen in der Prävention in Hessen sich als sehr hilfreich erwiesen haben. Die FDP/FW-Kreistagsfraktion wird im Rahmen einer Anfrage die Auswirkungen auf den Kreis Groß-Gerau abfragen. Es könne bei der schlechten finanziellen Ausstattung der Kommunen nicht sein, dass in die durch die Landesregierung verursachten entstehenden

Lücken dann die Schulsozialarbeit einspringen müsse, so Engemann.